

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Stärkung der politischen Bildung in Schulen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag in Drs. 17/346 wird ersetzt durch:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zur Konkretisierung der in § 5 Abs. 2 Nr. 1 des Bremischen Schulgesetzes niedergelegten Zielsetzung, dass die Schule „zur Bereitschaft, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen“ erziehen soll, ein Konzept zur Stärkung der politischen Bildung an Schulen im Lande Bremen zu erarbeiten.
2. Das Konzept soll der Bürgerschaft (Landtag) bis zum Schuljahresende zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden und insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:
 - a. Angemessene Unterrichtsversorgung für den Bereich politische Bildung in den weiterführenden Schulen durch eine entsprechende Schwerpunktsetzung in den Klassen 9 und 10 und durch den Einsatz qualifizierter Lehrkräfte.
 - b. Neustrukturierung der gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtsfächer ab Klasse 5 durch eine Reduzierung der fünf Fächer Welt-/Umweltkunde (WUK), Geografie, Geschichte, GK/Politik und Wirtschaft/Arbeit/Technik (WAT) auf drei Kernfächer Geschichte, Geografie und „Gemeinschaftskunde“, so dass durch eine Neuverteilung der Stunden ein kontinuierlicher Unterricht in diesem Bereich erteilt werden kann.
 - c. Entsprechende Überarbeitung der Lehrpläne mit dem Ziel, die Scharnierfunktion der 10. Klasse zu stärken und damit allen Schülerinnen und Schülern eine politische Grund- bzw. Allgemeinbildung zu vermitteln.

Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU